

# Blickpunkt Niedersachsen

Nr. 40

Mitgliederinformation der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Niedersachsen e.V.

## Altersteilzeit

### Finanzministerium zur Klärung aufgefordert

Wie mehrfach im Blickpunkt berichtet, haben DSTG und dbb seit längerem für eine Fortführung der bisher bis zum 31.8.2004 befristeten Altersteilzeit für niedersächsische Beamtinnen und Beamte gekämpft. Wie es aussieht hat die Arbeit - und nicht zuletzt auch die beeindruckende Zahl von im letzten Jahr gesammelten Unterschriften - zum Erfolg geführt.

Innenstaatssekretär Dr. Koller hat die Vertreter/innen der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen am 17. Juli über die Vorstellungen der Landesregierung zur Fortführung der Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte unterrichtet, die am 22. Juli von der Landesregierung beschlossen wurden.

Das Innenministerium hat mit Erlass vom 23. Juli 2003 die Verwaltungsebene unterrichtet. Folgende, für die Beschäftigten der Steuerverwaltung maßgebliche Punkte wurden erlassen:

- 1. Altersteilzeit wird nach Maßgabe der folgenden Beschlüsse nur noch zum Abbau von Personalüberhängen (z. B. kw-Stellen) eingesetzt.**
- 2. Die gem. § 80b Abs. 1 Nr. 2 NBG gesetzte Frist für den Beginn von Altersteilzeit (31.08.2004) wird entsprechend den Möglichkeiten des Rahmenrechts bis zum 31.12.2009 verlängert. Die Altersteilzeit wird ab dem vollendeten 55. Lebensjahr gewährt. MI wird beauftragt, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.**
- 3. Durch Altersteilzeit frei werdende Stellen oder Stellenanteile dürfen nicht für Neueinstellungen verwendet**

**werden. Wiederbesetzungen sind nur zulässig, wenn sie zum Abbau von Personalüberhängen an anderer Stelle führen.**

**4. Nach dem 22.07.2003 (Tag des Kabinettsbeschlusses) darf Altersteilzeit, die nach dem 31.12.2003 beginnt, ..... im Übrigen nur noch nach Maßgabe der Nrn. 1 und 3 bewilligt werden. MI und MJ werden beauftragt, entsprechende Entwürfe zur Änderung des NBG und des Nds. RiG vorzulegen.**

**Nach Nr. 4 des Beschlusses darf Beamtinnen und Beamten Altersteilzeit, die nach dem 01.01.2004 beginnt, somit ab sofort nur noch nach Maßgabe der Nrn. 1 und 3 bewilligt werden. .... Bereits erteilte Bewilligungsbescheide bleiben von den Änderungen unberührt.**

**Die Entscheidungen über Anträge, die nach dem neuen Grundsätzen abzulehnen sind, sollten zunächst zurückgestellt werden, bis die hierzu geplante Änderung des § 80b NBG (vgl. Nr 4) erfolgt ist.**

Wegen der Verunsicherung in den Finanzämtern hat der Hauptpersonalrat das Finanzministerium gebeten zu klären, wie sich die Neuregelung konkret auf Anträge der Beschäftigten der Steuerverwaltung auswirkt.

Wir werden berichten.

### Aus dem Inhalt:

**Anwärterübernahme nur noch zu 75%**

**Politische Gespräche/Außerordentliche Landesvorstandssitzung/**

**Verwendungsaufstieg/Beurteilungsrichtlinien**

**Wir gratulieren allen Laufbahnabsolventinnen und -absolventen und wünschen ihnen für ihre Tätigkeit in der Praxis einen guten Start und viel Freude an der Arbeit im Finanzamt.**

# Anwärterübernahme nur noch zu 75%

## Folgen der Sparbeschlüsse für den Bereich der Nachwuchskräfte der nds. Steuerverwal-

Das niedersächsische Finanzministerium hat die OFD per Erlass vom 5. August 2003 offiziell über die geplanten Maßnahmen für das Jahr 2004 als Folge der Sparbeschlüsse der Landesregierung im Bereich der Nachwuchskräfte unterrichtet.

Danach ist vorgesehen, in 2004 nur noch 75% der Absolventinnen und Absolventen - also 75% von denjenigen, die die Laufbahnprüfung bestehen - in den Dienst der nds. Steuerverwaltung zu übernehmen.

Außerdem sollen die Einstellungszahlen für Steuer- und Finanzanwärter mit 90 Finanz- und 75 Steueranwärter auf 50 % der Bestandserhaltungsquote reduziert werden.

Eine Nichtübernahme der geprüften Anwärterinnen und Anwärter im Umfang von 25 % bedeutet - in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle - ein Entlassen von gut ausgebildeten Nachwuchskräften in die Arbeitslosigkeit. Dies gilt insbesondere für die Kolleginnen und Kollegen des mittleren Dienstes.

Desweiteren investiert das Land in Zeiten knapper Kassen

große Finanzsummen in die allseits anerkannte qualifizierte Ausbildung der Nachwuchskräfte, um diese dann nicht in den Landesdienst einzustellen, sondern - bestenfalls als "Wirtschaftsförderung" - den steuerberatenden Berufe bzw. der freien Wirtschaft zur Verfügung zu stellen.

Deshalb sind wir der Auffassung, dass dringend über alternative Modelle andere Lösungen gefunden werden müssen. Dies könnte beispielsweise darin zu sehen sein, dass die Einstellungszahlen für Anwärterinnen und Anwärter für 2004 weiter ggfs. bis auf Null heruntergefahren werden könnten. (Siehe auch entsprechendes Flugblatt der DSTG-Jugend in dieser Ausgabe des Blickpunktes bzw. auf unserer Website)

Diesbezüglich hat der DSTG Landesvorsitzende Jürgen Hüper bereits mit der Spitze des Finanzministeriums Kontakt aufgenommen und um eine konstruktive Diskussion gebeten.

Wir werden weiter berichten.

# "Landeseinheitliches" Beurteilungssystem vom Tisch

## Erfolgreiche Arbeit von DSTG und dbb

Das Innenministerium hat mit Schreiben vom 29. Juli 2003 dem dbb Landesbund mitgeteilt dass die Landesregierung am 15. 7. 2003 beschlossen hat, dass das bisherige Konzept für ein neues Beurteilungssystem nicht weiter verfolgt und ein vereinfachtes Verfahren entwickelt werden soll. Die bisherigen Entwürfe sollen für die Erarbeitung eines neuen Konzepts als Material verwendet werden.

Damit hat die Landesregierung sich der Forderung von DSTG und dbb angeschlossen, das Konzept nicht umzusetzen. Ein Erfolg der Arbeit von DSTG und dbb.

Insbesondere für die Steuerverwaltung ist diese Ent-

scheidung positiv zu werten, denn das vorgesehene System hätte uns insbesondere unter personalwirtschaftlichen Gesichtspunkten in große Schwierigkeiten gebracht.

Es bleibt abzuwarten, welche Rahmenbedingungen für alle Bereiche zwingend vorgegeben werden und in welcher Form im Anschluss eine Überarbeitung unserer bisherigen Beurteilungsrichtlinien endlich erfolgen kann.

Über das weitere Vorgehen des Innenministeriums sowie unsere Aktivitäten dazu und weitere Entwicklungen für die Steuerverwaltung werden wir zu gegebener Zeit informieren.

# Personelle Entscheidungen im Mittelpunkt

## Ortsverbandsvorsitzendenkonferenz am 4. September in Verden

Die diesjährige Ortsverbandsvorsitzendenkonferenz findet am 4. September 2003 in der Verdener Stadthalle statt.

Neben den Berichten zu aktuellen gewerkschaftspolitischen Themen stehen in diesem Jahr die Beschlussfassung über die Listen der DSTG für die Wahlen zum Bezirks- und

Hauptpersonalrat sowie die Beschlussfassung über den Vorschlag für die Wahlen des Landesvorstandes anlässlich des Landesverbandstages - beide im kommenden Jahr - im Mittelpunkt der Veranstaltung.

Da bei Drucklegung die Veranstaltung noch nicht stattgefunden hat, werden wir in der nächsten Ausgabe berichten.

### Impressum:

Herausgeber: DSTG Landesverband Niedersachsen e.V.; Verantwortlich: Jürgen Hüper, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover, Tel.: 0511/342044

FAX: 0511/3883902, e-mail: geschaeftsstelle@dstgnds.de, Internet: www.dstg-niedersachsen.de

Redaktion, Layout und Anzeigenverwaltung: Sabine Köhler und Friedhelm Schäfer, Kurt-Schumacher-Str. 29, 31059 Hannover

Auflage: 9000 Erscheinungsweise: zweimonatlich

Druck: Druckerei Hartmann, Weidendamm 18, 30167 Hannover

Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss.

# Wechsel im Redaktionsteam

## Blick zurück und in die Zukunft

Dies ist die vierzigste aber auch letzte Ausgabe des Blickpunktes, die wir als verantwortliche Redakteure erstellen. Die Zuständigkeit innerhalb des Geschäftsführenden Vorstandes wechselt.

Grund genug für uns, zurückzublicken.

Sieben Jahre und vierzig Ausgaben.

Der Blickpunkt wurde ins Leben gerufen aufgrund eines Antrages, der anlässlich des Landesverbandstages 1996 aus den Reihen der Ortsverbände gestellt und angenommen wurde. Ziel war es, die direkte Information der Mitglieder zu verbessern.

Von ersten Überlegungen zu Inhalt und Layout, einer Vorlage für den Landesvorstand bis zum „Echtstart“ Anfang 1997 vergingen fast sechs Monate.

Bei jeder Ausgabe stellte sich die Frage, welche Themen in welcher Art und Weise aufgenommen werden sollten; dies stand immer unter dem Gesichtspunkt, welcher Informationsbedarf in der Mitgliedschaft besteht. Auch musste entschieden werden, welche Themen aus gewerkschaftspolitisch strategischer Sicht bereits zu diesem oder besser erst zu einem späteren Zeitpunkt Berücksichtigung finden

sollten.

Dies war eine nicht immer ganz leichte, aber interessante und verantwortungsvolle Aufgabe im Sinne der DSTG und Ihrer Mitglieder

Der Blickpunkt entwickelte sich im Laufe der Zeit zu einem nicht nur in der Mitgliedschaft sondern auch bei den Verwaltungsspitzen und den politisch Verantwortlichen angesehenen und viel beachteten Informationsmedium. Zu Einzelheiten verweisen wir auf die letzte Ausgabe des Blickpunktes.

Mit der Zeit hat der Blickpunkt natürlich auch Veränderungen erlebt. Die Auswirkungen, die durch das politische Tagesgeschäft mitbeeinflusst waren und sind aber auch die neuen technischen Möglichkeiten hatten und haben zu Konsequenzen geführt (siehe auch letzte Ausgabe des Blickpunktes).

Wir wünschen denjenigen, die künftig den Blickpunkt „gestalten“ werden mit der nicht immer ganz einfachen Aufgabe viel Spaß und Erfolg.

*Sabine Köhler und Friedhelm Schäfer*

# Außerordentliche Landesvorstandssitzung

## Zukunft gestalten statt reagieren

Die neue Landesregierung hat mit der Stabsstelle „Verwaltungsmodernisierung“ mit einem Sonderstaatssekretär an der Spitze deutlich gemacht, dass jetzt offensichtlich ein anderer Weg und ein anderes Tempo an den Tag gelegt werden soll. Bereits in Angriff genommene Projekte, u.a. Auflösung der Bezirksregierungen, lassen durch einen eng gesteckten Zeitrahmen erkennen, dass sehr schnell Ergebnisse erwartet werden.

Vom Landesrechnungshof (LRH) im Rahmen der Querschnittsuntersuchungen in den Finanzämtern und der OFD erwartete Veränderungen der Arbeitsweise, der Organisation der Finanzämter und der Personalstruktur lassen ahnen, dass auch die Steuerverwaltung sehr schnell in die Überlegungen zur Verwaltungsmodernisierung einbezogen werden wird.

Unter diesem Aspekt hat sich der Landesvorstand mit der

Frage beschäftigt, wie die DSTG sich zukünftig in gewerkschaftspolitischen Grundsatzfragen positionieren will.

Dieses deshalb, weil es nicht die Zukunftsaufgabe der verantwortlichen DSTG-Gremien sein kann, nur auf verwaltungsinterne bzw. politische Maßnahmen zu reagieren. Ziel der Diskussion war, aus unserer Sicht ebenfalls Vorschläge zu unterbreiten und aktiv an Veränderungen mitzuarbeiten und mitzugestalten. Das kann u.U. bei Unkenntnis der Sachzusammenhänge durchaus den Unmut der Beschäftigten hervorrufen, wenn es um Veränderungen des Arbeitsablaufs, Zentralisierung bestimmter Arbeitsbereiche bei einem Finanzamt, Einführung neuer Arbeitsmethoden, Veränderungen in der Personalstruktur usw. geht.

Zur Aufarbeitung dieser Frage hat sich eine Arbeitsgruppe „Zukunft“ zusammengefunden, die ein Arbeitsmaterial für eine Vorstandsentscheidung erarbeiten wird.

# Politische Gespräche fortgesetzt

## DSTG bei Bündnis 90/Die Grünen

In angenehmer und positiver Atmosphäre fand am 26. Mai 2003 das erste Gespräch mit dem neuen haushaltspolitischen Sprecher der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Stefan Wenzel statt. Von Seiten der DSTG waren die Kollegen Abelung und Hüper sowie Kollegin Köhler vertreten.

In diesem ersten Informationsaustausch standen der Bericht des NLRH, das Projekt FA 2003, die Vereinfachung des Steuerrechts und die „Zukunft der nds. Steuerverwaltung“ im Vordergrund.

Abschließend wurde Einigkeit über die weitere Zusammenarbeit erzielt.

### Steuer-Diplomanden-Song

#### Diplomierungsfeier in Rinteln mit besonderer Darbietung

Die diesjährige Diplomierungsfeier fand bei hochsommerlichen Temperaturen am 31. Juli 2003 statt. 153 Diplomandinnen und Diplomanden wurden von der Dekanin der Fachhochschule, Frau Prof'in Hamann begrüßt. Sie gratulierte den Prüflingen, die im Studium ein besonders schwieriges und immer komplizierter werdendes Rechtsgebiet erlernt und die Laufbahnprüfung erfolgreich abgelegt hatten. Oberfinanzpräsident Dr. Zeller ging in seiner Festrede auf die erprobten Projekte im Rahmen des „Finanzamtes 2003“ ein und hob den Willen und die Fähigkeiten der Finanzverwaltung zu neuen Wege hervor.

Nach der Überreichung der Diplomierungsurkunden und

Prämierung der Besten mit Buchgeschenken durch den Referatsgruppenleiter Franke vom Finanzministerium konnten die Zuhörer von den Studierenden die Geschichten von dem kleinen Maulwurf und dem kleinen Finanzanwärter hören. Beide versuchten herauszufinden, was eigentlich mit ihnen geschehen war. Als Abschluss der Darbietung wurde der Steuer-Diplomanden-Song frei nach Elmar Brand vorgetragen und getanzt.

Die Diplomierungsfeier wurde nach einer Ehrung durch den Vorsitzenden des Fördervereins mit einem Stehempfang beendet.

*Uschi Japtok*

### Neuwahl der DSTG-Bundesleitung

#### Steuer-Gewerkschaftstag in Berlin

23 Delegierte des Landesverbandes nahmen am 15. Steuer-Gewerkschaftstag in Berlin vom 24. bis 26. Juni teil.

Dabei wurde der Bundesvorsitzende Dieter Ondracek (Bayern) anlässlich der Neuwahlen zur Bundesleitung ebenso wiedergewählt wie Anne Schauer (Hessen), Manfred Lehmann (NRW), Helmut Overbeck (NRW) und Achim Rothe (Sachsen). Für den nicht wieder kandidierenden Dr. Reiner Ullrich wurde in einer Kampfabstimmung Thomas Eigenthaler (Ba-Wü) mit großer Mehrheit neu in

die Bundesleitung berufen.

Daneben stand die Verabschiedung von Satzungsänderungsanträgen sowie von über 300 Sachanträgen im Vordergrund. Dabei wurde die überwiegende Zahl der von uns eingebrachten Anträge angenommen.

Wegen weiterer Einzelheiten insbesondere auch zur Öffentlichen Kundgebung verweisen wir auf die entsprechenden Berichte in der Bundeszeitung „Die Steuer-Gewerkschaft“.

### Verunsicherung bei Verwendungsaufstieg

#### Ziel A 11 erreichbar?

Durch die OFD-Verfügung, mit der die Personalbedarfsberechnung 2003 an die Ämter gegeben wurde, sind Diskussionen darüber aufgekommen, ob Verwendungsaufsteiger/innen, insbesondere wenn schon lebensälter, noch eine realistische Chance haben werden, das Endziel des Ver-

wendungsaufstieges, die Besoldung nach und die Versorgung aus der Besoldungsgruppe A 11 zu erhalten.

Aktuell können wir diese Frage nicht beantworten. Die DSTG wird aber zu klären versuchen, welche Wege möglich sind um das angestrebte Ziel zu erreichen.

Durch einen tragischen Unglücksfall verstarb am 19. Juni 2003 Markus Niewald im Alter von 35 Jahren während eines Tauchurlaubes in Griechenland.

Markus war der DSTG bereits als Landesjugendleiter verbunden und seit dem Landesverbandstag 2000 Beisitzer im Landesvorstand. Seit 2001 war er Mitglied im Hauptpersonalrat, aus dem er nach Übernahme der Aufgaben des Geschäftsführers des dbb landesbundes ausschied.

Die DSTG verliert mit Markus Niewald einen engagierten Kollegen, der mit seiner freundlichen und aufgeschlossene Art in Erinnerung bleibt.

Unser Mitgefühl gilt seiner Lebensgefährtin und seiner Familie.



**Markus Niewald**  
1968 - 2003



# DAS MEINT JÜRGEN HÜPER

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit der Einführung der „Öffnungsklausel“ kommen die wahren Absichten der Politik ans Licht. Wo vorher noch von einem einheitlichen Besoldungsgefüge die Rede war und eigentlich nur dem Sanierungsfall Berlin geholfen werden sollte, zeigt sich jetzt die ganze Wahrheit. In der gesamten Republik werden die Beamtinnen und Beamten zur Sanierung der maroden Haushalte herangezogen, wie es dieses - außer bei der Brüningschen Notverordnung- bislang noch nicht gegeben hat.

Das 13. Monatsgehalt, sowieso schon auf den Stand von 1993 eingefroren, ist keine Zulage, die nach Belieben gewährt oder gestrichen werden kann, sondern ein wesentlicher Bestandteil des Jahreseinkommens. Insbesondere für die Kolleginnen und Kollegen in den Eingangsbesoldungen des mittleren und gehobenen Dienstes bedeutet die vorgesehene Kürzung reale Einkommensverluste.

Wenn es nach dem Willen der Bundesregierung geht, sollen durch die vorgezogene Steuerreform die Menschen im Lande, die ihren Geldbeutel all zu fest verschlossen halten, zum Einkaufen ermuntert werden, um die lahrende Konjunktur wieder auf Vordermann zu bringen. Für die Beamtinnen und Beamten scheint dies nicht zu gelten, denn ihnen soll das Urlaubsgeld gestrichen und das 13. Gehalt drastisch reduziert werden.

Allein durch die Reduzierung des 13. Gehaltes in diesem Jahr auf 65 % und im nächsten Jahr auf 50 % sowie die Streichung des Urlaubsgeldes in 2004 wird von den Beamtinnen und Beamten in Niedersachsen ein Sonderopfer in Höhe von rd. 210 Millionen Euro abverlangt.

Der damit kurzfristig erzielte Spareffekt wirkt sich jedoch auf der Einnahmeseite des Landes negativ aus. Durch die Minderung der Kaufkraft der Beamtenschaft wird in Höhe des vorenthaltenen Betrags auf darauf entfallende Umsatzsteuer verzichtet, gleichzeitig bedeutet weniger Gehalt auch Verringerung der Lohnsteuereinnahmen.

Für die Beamtenschaft setzt sich somit die Kette der Verschlechterungen ohne Pause fort: Streckung der Leistungsstufen, Versorgungsabschläge, Versorgungsrücklage, Reduzierungen des Pensionsanspruchs, Streichen der Jubiläumsszuwendung ab BesGr. A 12, Einfrieren des 13. Monatsgehalts, Kürzungen der Beihilfe, Erhöhung der Wochenarbeitszeit ohne Ausgleich des vorher erbrachten Gehaltsverzichts bei Einführung der 38,5-Stunden-Woche, Vorenthaltung der durch Neuschneidung der Besoldungstabelle eingesparten Mittel zur Gewährung von Leistungszulagen und prämien und nun Streichung des Urlaubsgeldes und weitere Reduzierung der Sonderzuwendung.

Ich denke, das Maß ist voll. Das öffentlich-rechtliche Treueverhältnis sollte geprägt sein durch Rechte und Pflichten beider Seiten. Wenn das Land einseitig die gebotene Fürsorgepflichten gegenüber den Beschäftigten aufkündigt, an der Haushaltsmisere haben diese am allerwe-

nigsten Schuld, dann muss es auch akzeptieren, dass dieses Verhalten ebenfalls mit Reduzierung der Pflichten beantwortet wird. Für weniger Geld kann es m.E. auch nur weniger Arbeitsleistung geben. Unsere Arbeit ist ohnehin schon schwierig genug. Die enorme Arbeitsverdichtung durch immer mehr Steuerfälle, sich ständig ändernder und komplizierter werdender Steuergesetze bei laufender Personalreduzierung berechtigt zu der Frage, auf welche Weise eine bereits jetzt schon in weiten Bereichen überforderte Steuerverwaltung mit der ausufernden Gesetzgebung des Fiskus in Zukunft Schritt halten soll. Aber darauf müssen nicht wir als Beamte, sondern Politiker antworten.

Geradezu widersinnig ist da die Absicht, wegen der Sparzwänge ab 2004 einen Teil der fertig ausgebildeten Finanz- und Steueranwärter, obwohl diese ihre Laufbahnprüfungen mit Erfolg abgelegt haben werden, nicht mehr zu übernehmen.

Es ist sicherlich nicht so, dass die Steuerverwaltung vor dem chaotischen Steuerrecht kapituliert hat, wie es der LRH formuliert hat. Es stimmt jedoch, dass die Erledigung der jährlich wiederkehrenden Aufgaben nur unter Inkaufnahme erheblicher Qualitätsverluste möglich ist. Wir brauchen diese jungen Kolleginnen und Kollegen dringend in den Finanzämtern. Wo liegt für das Land der große Einspar-effekt, wenn die nicht übernommenen jungen Leute anschließend den Staat doch wieder Geld kosten, nämlich als Arbeitslose mit Anspruch auf Sozialhilfe.

Um was geht es hier denn eigentlich? Ziel der Politik ist offenbar die langfristige Sanierung der öffentlichen Finanzen. Dieses Ziel meint das Land auf dem üblichen Weg erreichen zu können, nämlich durch drastische Kürzungen auf der Ausgabenseite. Dieses ist jedoch ein Irrglaube. Solange nicht gesamtstaatliches Denken bei den öffentlichen Haushalten Einzug hält, gehen u.a. auch die jetzigen Einsparmaßnahmen ins Leere und es werden wieder neue folgen müssen.

Ich appelliere daher dringend an die Politiker: Machen Sie endlich Schluss mit dem immer noch vorhandenen haushaltsmäßigen Schubladendenken. Sorgen Sie dafür, dass Vertrauensschutz und Verlässlichkeit wieder Begriffe werden, die auch im Zusammenhang mit Politik genannt werden können. Denken Sie daran, dass private Haushalte ebenso Planungssicherheit brauchen, auch die der Beamtinnen und Beamten.

Bis zum nächsten Mal  
Ihr



Jürgen Hüper

# FLUGBLATT Jugend